



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 25. Oktober 2022
Kantonsratspräsident Born Rolf

A 990 Anfrage Frye Urban und Mit. über die massiven Beschwerden von in der Marienburg in Wikon untergebrachten aus der Ukraine geflüchteten Personen / Gesundheits- und Sozialdepartement

Die Anfrage A 990 wurde auf die Oktober-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 112 zu 0 Stimmen zu.

Urban Frye ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Urban Frye: Eine Vorbemerkung: Ich habe nie gesagt, man soll die ukrainischen Geflüchteten besserstellen als die anderen Geflüchteten. Alle werden gleich schlecht behandelt, und das macht es aber auch nicht besser. Aus den Antworten, die wir auf den Brief dieser Leute erhalten haben, also sowohl aus der Antwort des Regierungsrates aber auch aus den Äusserungen in den Medien von gestern geht und vorgestern geht eines hervor, nämlich komplett fehlende Empathie. Keine einzige Äusserung des Mitgefühls, dass man versteht, in welcher dramatischen Situation sich die Leute befinden. Stellen wir uns mal vor, die Frauen, deren Männer, Freunde, Brüder, aber vor allem die Väter ihrer Kinder sterben an der Front in Mariupol, in Cherson, in Charkiw und im Donezk. Angehörige werden gefoltert, vergewaltigt, ermordet, Butscha wurde zum Srebrenica der Ukraine. Hunderttausende von Menschen wurden zwangsdeportiert, darunter ganz viele Kinder. Das muss man sich einfach bewusst sein. Dann sehen wir das Wording, das wir diesen Menschen in diesen Zentren gegenüber haben. Man könnte, wenn es nötig ist, das Regime mit all diesen Sanktionen durchzuziehen, aber doch einfach freundlich formulieren. In diesen Zentren herrscht tatsächlich ein enormer Stress, nicht nur bei den Geflüchteten, sondern auch bei den Mitarbeitenden, das ist mir völlig klar. Die Mitarbeitenden werden «on the job» irgendwie ausgebildet. Jetzt haben wir schwerste, aber wirklich schwerste Anschuldigungen im Raum. Was wäre denn richtig gewesen? Ich glaube, richtig wäre, einfach einmal dorthin zu gehen, und zwar allein, vielleicht als Regierungsrat einfach einmal mit den Leuten zu sprechen und sie anzuhören. Das Zweite wäre vielleicht gewesen, dass man in einem Antwortschreiben schreibt, für die Hinweise dankt und sie sehr ernst nimmt, anstatt sie einfach von vornherein abzulehnen, das auch zum Schutz der Mitarbeitenden, die Anschuldigungen sind dramatisch. Erst jetzt sagt der Regierungsrat, er lasse es von der Aufsichts- und Kontrollkommission (AKK) untersuchen. Das ist richtig, und ich bitte die AKK, das untersuchen zu lassen, aber sie muss es extern untersuchen lassen. Ich fordere natürlich auch den Regierungsrat auf, diese Untersuchungen auch zu veröffentlichen. Anonym selbstverständlich, aber es ist unheimlich wichtig, auch zu hören, wenn nichts an diesen Anschuldigungen dran ist. Leider zeigt sich aber, dass es offenbar systemisch ist, und wir haben genau dieselben Hinweise aus anderen Zentren und gehen diesen nach. Ich glaube einfach, es wäre wichtig, dass man mit diesen Menschen anders umgeht, sie einfach

freundlicher behandelt, diese Menschen sind doch nicht in einem Erziehungsheim. Das gilt übrigens für sämtliche Geflüchtete. Man kann mit diesen Menschen so umgehen, wie wir das im Umgangston auch erwarten, das finde ich das absolute Minimum. Ich hoffe sehr, dass der Regierungsrat erklärt, er lasse die Anschuldigungen untersuchen, extern und sofort und er die Resultate veröffentlicht, auch zum Schutz der Mitarbeitenden.

Pia Engler: Wir wollen und können in dieser Causa Marienburg nicht als Schiedsrichter auftreten. Wir müssen feststellen, dass wir die Regeln aufstellen und vorgeben, mit denen die Geflüchteten sich arrangieren müssen. Es sind vulnerable Personen, sie suchen den Schutz und die Sicherheit bei uns und treffen nicht immer auf Umstände, die sie hier erwarten oder auch bräuchten, um in ihrer Situation Ruhe finden und sich wieder neu orientieren zu können. Es sind aber unsere Regeln. Wir in diesem Rat sind in der Lage, diese auch anzupassen, wir entscheiden, wie viel Asylsozialhilfe es gibt und welche Räume zur Verfügung gestellt werden. Wenn wir uns an diesen Rahmenbedingungen stossen, müssen wir hier in diesem Rat die Regeln neu aushandeln. Wenn ich die Diskussion von gestern rund um den Umgang mit den Stellen Revue passieren lasse, senden wir auch ein Signal in Richtung Verwaltung. Wie will die Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen (DAF) zukünftig Personal rekrutieren, wenn wir einschränkende Rahmenbedingungen bestimmen? Wir wissen, dass die DAF nicht das notwendige Fachpersonal rekrutieren kann, und wenn wir die Spielregeln noch verschärfen, ist das bestimmt keine Hilfe. Die Gemeinden und auch zivile Organisationen vor Ort haben beim Aufbau in Wikon ihre Hilfe angeboten, die DAF wollte die Hilfe nicht in Anspruch nehmen. Wie im Postulat zur privaten Unterbringung bin ich auch hier der Meinung, dass das nicht richtig ist, und man gewinnen würde, wenn man die Zusammenarbeit einginge. Wenn die DAF mit nicht dafür ausgebildetem Personal ihre Aufgabe erfüllen muss, darf man sich auch nicht wundern, wenn es zu Überforderungen des Systems kommt. Das führt zu Situationen, wie man sie jetzt in der Marienburg vorfindet, die DAF ist an der Grenze des Machbaren. Die Causa DAF ist regelmässig Thema in unserem Rat, das sollten wir ernst nehmen, und wir finden es richtig, wenn das sorgfältig untersucht wird und wir die Lehren daraus ziehen.

Michaela Tschuor: Ich erlaube mir, aus einer direkt betroffenen Gemeinde unsere Haltung mit einzuziehen. Es wurde heute schon viel über das Flüchtlingswesen gesagt. Sowohl die Regierung, als auch die Gemeindebehörden, wie auch die Bevölkerung waren mehrfach in der Marienburg. Ich möchte mich an dieser Stelle bei all den Personen bedanken, die in der Marienburg ihren Einsatz leisten, und bei der DAF, die sich für die Marienburg engagiert. Ich glaube, wir können dort besser werden, wir haben die Herausforderung gehört, in gewissen Bereichen gibt es sicher auch Überforderungen. Die Gemeinde Wikon würde es aus diesem Grund sicher auch schätzen, wie es die Regierung angeboten hat, dass man eine Untersuchung durch die AKK oder durch eine externe Stelle vornehmen lässt, das macht sicher Sinn. Es geht dabei auch nicht darum, jemandem die Schuld zuzuschieben oder Fehler aufzudecken. Es geht darum, die Sache ernst zu nehmen, weiterzuentwickeln, besser zu werden. Ich möchte noch etwas anmerken. In der Marienburg sind im Moment 150, 155 Flüchtlinge, Anzahl steigend. 26 Personen haben das Schreiben unterzeichnet. Ich bin persönlich selber mit vielen Flüchtlingen in Kontakt, die anderes berichten, das darf man auch nicht vergessen. Es gibt auch unterschiedliche Meinungen in der Flüchtlingsgruppierung selber.

Ursula Berset: Der Vorstösser bringt in seiner Anfrage schwere Vorwürfe gegen die Führung der Unterbringungsstätte in unseren Rat, weil die Schutzsuchenden nicht zufriedenstellende Antworten aus der DAF erhalten haben. Für uns alle ist klar, beide Seiten stehen unter hoher Belastung, wir haben das in der Debatte heute sehr deutlich aufgezeigt bekommen. Dass es dabei zu Meinungsverschiedenheiten kommt, ist verständlich. Für die GLP-Fraktion ist es wichtig, dass wir hier gut hinsehen. Wie Michaela Tschuor erklärt hat, geht es nicht darum herauszufinden, wer jetzt welchen Fehler gemacht hat, sondern, dass man möglichst schnell eine Entschärfung der Situation erreichen kann, und zwar für beide Seiten. Dabei ist es wichtig, dass die Mitarbeitenden der DAF sich in ihrer Arbeit unterstützt fühlen. Wie wir gehört haben, sind sie teilweise sehr kurzfristig eingestellt worden respektive

in grosser Menge neu in dieser Stelle. Genauso müssen die Flüchtlinge sich verstanden fühlen, müssen Klarheit über ihre Rechte und Pflichten haben. Wenn etwas unklar ist, brauchen sie eine Stelle, an die sie sich wenden können, und zwar bevor der Konflikt eskaliert. In unseren Augen ist das vordringliche Ziel eine rasche Entschärfung dieser Situation. Der Vorstösser fragt nach einer externen Untersuchung der Situation, und die Regierung schlägt eine Untersuchung durch die AKK vor. Das ist in unseren Augen in der aktuellen Situation nicht zielführend. Es braucht eine Vermittlung zwischen den Konfliktparteien, und das kann die AKK nicht leisten. Die Mitglieder der AKK sind nicht als Mediatoren ausgebildet und haben auch nicht die notwendige neutrale Stellung zwischen den Schutzsuchenden und der DAF. In unseren Augen könnte die AKK im Rahmen ihrer Aufsichtstätigkeit sehr wohl prüfen, ob die verwaltungsinternen Prozesse und Zuständigkeiten funktionieren. Eine grundsätzliche Aufarbeitung des kantonalen Krisenmanagements in der Ukraine-Krise macht in unseren Augen Sinn und muss von einer externen Stelle dokumentiert werden. Ob dieser Auftrag von der Regierung in Auftrag gegeben wird oder durch die AKK, muss man sicher im Detail prüfen.

Sibylle Boos-Braun: Die derzeitige Flüchtlingskrise mit vielen Schutzsuchenden ist für alle Beteiligten wirklich eine grosse Herausforderung, wir haben es mehrfach gehört. Wir stellen auch in Malter fest, dass sich die Schutzsuchenden aus der Ukraine deutlich von früheren Flüchtlingen aus anderen Regionen wie Afghanistan oder Eritrea unterscheiden. Das haben wir vor allem auch in Bezug auf ihre Erwartungshaltung festgestellt, und sie fordern auch ein. Das ist nicht schlecht, sondern einfach eine Tatsache. Entsprechend sind die Bedürfnisse und auch die Anforderungen an die Kommunikation anders, als wir das bis jetzt gewohnt waren. Ich glaube, das ist auch ein Learning, zumindest in unserer Gemeinde, dass wir hier anders unterwegs sein müssen. Zudem ist natürlich die hohe Anzahl Schutzsuchende in teils engen Verhältnissen eine zusätzliche Herausforderung. Wir unterstützen die vom Regierungsrat in Aussicht gestellte externe Überprüfung der Vorwürfe, damit die Vorfälle auch eingeordnet und die Verhältnismässigkeit überprüft werden können, scheinbar haben weniger als 30 von 150 Personen unterschrieben. Vor allem für die Bewältigung von zukünftigen Flüchtlingskrisen kann eine Aufarbeitung wichtige Hinweise und Inputs geben.

Monika Schnydrig:

Ich beginne gerne nochmals mit diesen wirklich besonderen Zahlen. Die DAF ist mit der Bewältigung der Ukraine-Krise unverändert stark gefordert, aber nicht nur. Zusätzlich steigen nämlich die Zahlen im Bereich der regulären Asylmigration. Wir rechnen bei den Schutzbedürftigen bis Ende Jahr mit rund 3000 Personen und bei den Personen aus dem ordentlichen Verfahren mit rund 1000 neuen Klienten und Klientinnen. Es sind schon 6255 Personen, im Vergleich dazu waren es im Dezember 2021 3845 Personen. Wie ich Anfang Jahr schon einmal erwähnt habe, gehen wir von höheren Zahlen aus, nämlich, dass bis zu 250 000 Personen in die Schweiz und somit auch eventuell noch mehr Personen in den Kanton Luzern kommen könnten. Über die Marienburg in Wikon haben wir in den Medien gelesen. Gestern habe ich mit einigen Personen darüber gesprochen, die in engerem Kontakt stehen, und wie immer sind die Ansichten verschieden und die überprüfbaren Infos spärlich. Darum werde ich jetzt lieber etwas philosophisch. Wo gehobelt wird, fallen auch Späne, wo gearbeitet wird, passieren Fehler, und wo viele Menschen sind, gibt es auch viele Herausforderungen. Wir hören von 100 neuen Mitarbeitenden, und es braucht noch mehr, und wir hören von Wochenendeinsätzen und vielen Überstunden. Dann hören wir aber auch von viel Dankbarkeit der Betroffenen, von der Bevölkerung und auch den Gemeinden und natürlich auch von Situationen und Vorfällen, die herausfordern, oder von Ansprüchen und Wünschen, die nicht erfüllt werden können. Dann hören wir, dass die Kommunikation manchmal wohl von beiden Seiten her nicht ganz optimal ist. Wir alle wissen, dass das Zusammenleben von Menschen gerade auch in einer Institution sehr herausfordernd ist. Ganz vieles beruht oft auf Missverständnissen oder mangelnder Zeit. Ich glaube, dass die DAF auch heute sehr gut zuhört, darum möchte ich sagen, vielen Dank für die schon geleistete gute Arbeit. Bleibt geduldig und schaut die Herausforderungen aber genau an. In Wikon sind 150 Menschen untergebracht, und nicht alle sind unzufrieden,

sondern eine Gruppe, die sich jetzt zu Wort meldet. Nehmen wir die Anliegen ernst, hören wir beiden Seiten gut zu, und ich möchte Sie bitten, von aussen kein unnötiges Öl ins Feuer zu giessen. Viele Probleme verschwinden nämlich, wenn Menschen miteinander statt übereinander reden. Das wünsche ich mir jetzt in der Marienburg in Wikon und keine Medienschlacht oder keinen Wahlkampf zu diesem Thema.

Irene Keller: Ich spreche für die AKK, da die AKK in dieser Anfrage genannt wird und die DAF und der Regierungsrat eine Untersuchung der in der Anfrage genannten Kritikpunkte durch die AKK begrüssen. Die AKK kann sich des Themas annehmen, aber es ist natürlich so, wie es Ursula Berset gesagt hat, dass eine Mediation der momentanen Situation durch eine andere Organisation stattfinden müsste. Wir stellen fest, dass die DAF in ihrer Antwort die Kritikpunkte grundsätzlich widerlegt. Falls die AKK in diesem Thema aktiv werden soll, würde sie vorgehen wie in anderen Themen. Der Ausschuss Gesundheits- und Sozialdepartement der AKK würde die Relevanz der Kritikpunkte klären und der Kommission einen entsprechenden Antrag stellen. Wir würden die systemischen Prozesse untersuchen. Die Gesamtkommission würde danach entscheiden, wie die externe oder interne Untersuchung angebracht wäre. Falls dies gewünscht ist, würden wir das übernehmen und auch wieder informieren.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Meine Stellungnahme dauert etwas länger, weil es um Mitarbeitende der Verwaltung geht, und ich bitte um Verständnis. Zum Votum von Kantonsrat Urban Frye: Sie schreiben in Ihrer Anfrage über die massiven Beschwerden von in der Marienburg in Wikon untergebrachten aus der Ukraine geflüchteten Personen. Wenn das so ist oder so wäre, dann bin ich persönlich sehr überrascht. Warum haben Sie mich nicht direkt angerufen oder meine Departementssekretärin, die stundenlang mit Ihnen diskutiert und telefoniert hat? Sie sind direkt zu den Medien gegangen, und da fragen wir uns, um was geht es hier eigentlich? Geht es um die Menschen aus der Ukraine, oder geht es um Sie? Eine zweite Bemerkung: Uns fällt es immer wieder auf, dass Sie, ich habe es vorhin schon gesagt, Dinge suggerieren, die so nicht korrekt sind. Ich persönlich finde das unseriös und unserer Diskussionskultur nicht würdig. In der letzten Session, vor wenigen Wochen, wurden wir mit der Aussage konfrontiert, die Stadt Luzern sei bereit, auf die Ersatzabgaben zu verzichten, die ihr zustehen, weil sie viel mehr Personen bei sich aufgenommen hat, als sie gemäss Gemeindeverteiler müsste. Wenige Tage nach dieser Aussage im Kantonsrat hat die Stadt Luzern dem Verband Luzerner Gemeinden und dem Kanton schriftlich mitgeteilt, dass dies nicht stimme. Diese Haltung vertreten übrigens auch andere Gemeinden, das wurde vorhin auch gesagt. Nun sehen wir uns schon wieder mit einseitiger Kritik konfrontiert, die nicht nur die Mitarbeitenden der DAF vor Ort verletzt, sondern auch mich. Es ist so, es läuft nicht alles gut bei uns. Aber es läuft sehr vieles gut. Ich stehe hinter meinen Leuten, namentlich hinter meiner Departementssekretärin, die das Dossier Asyl auf Stufe Departement verantwortet, hinter der Dienststellenleitung der DAF und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der DAF, die sich seit Beginn des Ukraine-Krieges sieben Tage die Woche ununterbrochen für das Wohl der aus der Ukraine geflüchteten Personen einsetzen, genauso wie sie sich auch schon vorher und auch aktuell für alle geflüchteten Personen aus allen Staaten einsetze. Ich stehe hinter allen Dienststellen, die an der Bewältigung dieser Krise mitwirken, hinter der Dienststelle Immobilien des Finanzdepartementes, hinter dem Amt für Migration, hinter der Dienststelle Volksschulbildung, hinter der Dienststelle Berufs- und Weiterbildung, hinter der Luzerner Polizei, die unter der Leitung des Stabschefs des kantonalen Führungsstabs ausgezeichnete Arbeit leisten. Wie wir es machen, ist es nicht recht. Wenn die DAF die Geflüchteten in anständigen Wohnungen unterbringen will, heisst es, die Standards seien zu hoch. Wenn sie sie in Zivilschutzunterkünften unterbringt, heisst es zu Recht, das sei nicht menschenwürdig. Wenn sie die Integrationsleistungen erbringt, heisst es, der Status S sei rückkehrorientiert, und er stelle eine Ungleichbehandlung gegenüber anderen Geflüchteten dar. Wenn sie keine Massnahmen zur Integration umsetzt, heisst es, wir würden unserem Auftrag nicht nachkommen. Es gibt auch eine Kehrseite der Medaille. Wenn viele Leute auf engem Raum wohnen, momentan sind es ungefähr 150, im

November werden es in der Marienburg 200 Personen sein, braucht es Regeln. Ohne Hausordnung, die eingehalten wird und zu der sich die Bewohnenden bekennen, kann kein geordneter Betrieb garantiert werden. Wir als Kanton sind aber für einen geordneten und gesitteten Betrieb in unseren Zentren verantwortlich zum Wohl aller Bewohnenden. Viele von den Geflüchteten sind hochanständig und dankbar. Wir stellen aber auch immer wieder sehr hohe Ansprüche von Bewohnenden fest, auch in der Marienburg. Die Personen sind zum Teil sehr fordernd. Erlauben Sie mir, dies kurz auszuführen. Ist es korrekt, wenn aus der Ukraine geflüchtete Personen ohne medizinische Indikation nach Botox verlangen oder Zahnbehandlungen einfordern, die weit über das medizinisch Erforderliche hinausgehen? Sollen wir den Wunsch von Bewohnenden nach Reinigungshilfen oder nach Laptops nachkommen, und falls ja, wer soll das bezahlen? Sollen wir die Asylsozialhilfe auf ein Bankkonto auszahlen, obwohl seit Jahren Auszahlungen in Zentren in bar vorgenommen werden? Sind wir verantwortlich, das Verpflegungskonzept für einzelne Bewohnende anzupassen, also den Bewohnern das Essen zu liefern und zu servieren, anstatt dass sie selber kochen sollen wie andere Personen auch? Wenn Sie diese Fragen alle mit Ja beantworten, wie rechtfertigen Sie das gegenüber all jenen Menschen, die in den letzten Jahren bei uns Zuflucht gesucht haben und die alle diese Zusprüche nicht geltend machen konnten? Was machen Sie mit unseren Sozialhilfebezügern aus Luzern, welche auch hier bei uns leben müssen? Bitte entscheiden Sie selber, ob abschlägige Antworten mit Demütigung der Würde und Beleidigung gleichgesetzt werden dürfen und ob aus einem Nein psychischer Druck abgeleitet werden darf. Es gibt Spannungen, das ist normal, aber wir lassen uns nicht einschüchtern, auch nicht von politischen Vorstössen. Selbstverständlich sind wir bereit, die vorgebrachten Anschuldigungen zu untersuchen und den Fall aufzuarbeiten. Ob wir das an die AKK delegieren usw., müssen wir gemeinsam besprechen. Was wir aber sicher machen werden – mein Departement hat dies bereits unabhängig von der Marienburg aufgegleist –, ist, dass wir das Krisenmanagement im Rahmen der Bewältigung der Ukraine-Krise extern evaluieren. Es kommt wieder eine Krise, man kann nur besser werden. Denn auch wir machen Fehler, und diesbezüglich werden wir eine externe Stelle mandatieren.